

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **30 (1940)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Vor und hinter den Kulissen

Es scheint hinter den Vorhängen der hohen Politik allerlei vorzugehen. Erraten kann man das aus bestimmten Dingen, die vor den Vorhängen gespielt werden. Fast immer, wenn ein Staatsmann dies oder jenes offensichtlich betont, bezieht es sich auf verborgene Machinationen, von denen er Kenntnis hat, die er aber nicht bis auf den Rest ausplaudert.

Die Rede des Königs von Rumänien in einer bekarabischen Stadt, umgeben von hohen Offizieren und einem Teil der immer noch mobilisierten Armee, wäre in Westeuropa nicht vermerkt worden, würde sie nicht Bezug auf Gefahren haben, die näher gerückt sind. Die Versicherung, Rumänien werde sich verteidigen, woher der Angriff auch kommen möge, ist zwar oft abgegeben, aber noch nie vom König-Diktator so deutlich unterstrichen worden wie diesmal. Was mag passiert sein, oder was passiert in der Gegenwart, und was könnte in naher Zukunft passieren?

Die gleiche Frage kann man aufwerfen, wenn man überlegt, wie bedeutungsvoll die Zusammenkunft des italienischen und des ungarischen Außenministers, der Grafen Ciano und Csaky, in Venedig abgezogen und hernach von der italienischen Presse besprochen wurde. Auf den ersten Blick hat es sogar den Anschein, als habe sich der rumänische König gegen bevorstehende ungarische Zugriffe verwahren wollen. Aber nur „auf den ersten Blick“. Die Politik der Donaufstaaten dürfte doch aus den Kinderschuhen heraus gewachsen sein, und die berüchtigte Engstirnigkeit ihrer Despoten und Kriegsminister, die den Südostrum zum Spielball der Großmächte gemacht, leistet sich heute nicht mehr das Maximum an Dummheiten wie ehemals; die böse Ahnung, als habe Ciano den Herrn Csaky nach Venedig beordert, um ihm die Leviten zu lesen und beizubringen, es sei heute wahrhaftig nicht die Zeit, um sich wegen Siebenbürgen zu schlagen, scheint nicht zuzutreffen.

Aber etwas anderes trifft wahrscheinlich zu, und die Königsrede sowohl wie die Venediger Ministerzusammenkunft beziehen sich mit ebenso großer Wahrscheinlichkeit auf dieses andere: Man wittert sowohl in Rom wie in Budapest und Bukarest russisch-deutsche Verhandlungen über eine Erweiterung des Kriegesraumes, und da momentan niemand weiß, welche Weltgegend der verbündete Nazi-Bolschewismus für seine neueste Aktion als die geeignete anfieht, muß man sich vorsehen. Rumänien und im weitern der Balkan könnten diese Gegend sein. . . Vielleicht hält man Nordeuropa oder Vorderasien für aussichtsreicher. Für den Fall jedoch, daß Hitler und Stalin der Ansicht wären, zuerst müsse der Balkan „festgenommen“ werden, erklärt heute die italienische Presse, die Grenze des Impero liege auf den Karpathen, und wer sie angreife, müsse mit dem Eingreifen Italiens rechnen.

Immer noch wird dabei die Vorstellung aufrecht erhalten, man sei mit dem Dritten Reich verbündet, ein deutscher Angriff komme nicht in Frage. Ein Ueberfall drohe nur von russischer Seite. Immer noch betonen auch die Ungarn ihre Freundschaft gegenüber dem Dritten Reich. Aber mit verschärfter Deutlichkeit sagen heute beide, daß sie am Antikominternpakt festhalten. Man kann daraus einen Vorwurf an die Adresse Hitlers herauslesen. Man kann eine Einladung an ihn konstruieren, sich jenes Vertrages zu erinnern und umzukehren, bevor es zu spät sei. Aber man kann auch überlegen, was der „sacro egoismo“, der sich prinzipiell jeden Weg offen halten

muß, alles können wird, falls die eine oder andere Karte im Spiel nicht stechen sollte.

Mit der Betonung der Freundschaft von seiten Hitlers meint man die eigene Hoffnung auf ein Beto Berlin gegenüber russischen Absichten im Balkan. Borderhand sieht es so aus, als wüßte das Dritte Reich die Unversehrtheit der Donau-Balkanstaaten, die ebenso wie Italien eine große Lücke in der britischen Blockade darstellen. Italien und der Donauraum sind als Lieferanten und Durchgangsländer überseeischer Importe sicher. Unsicher aber sind auch heute noch die vorgekauften russischen Rohstofflager, und sie werden umso unsicherer, je bedenklicher der finnische Widerstand die russische Armee und Wirtschaft fesselt. Warum also sollte sich Deutschland den Wahnsinn leisten, diese sichern „Tore der Wirtschaft zur Welt“ zu zertrümmern?

Sollte aber diese Karte nicht stechen, sollten die deutschen Generäle glauben, die Entfesselung des allgemeinen Krieges im Südosten, mit dem Ziel eines Griffes nach dem Suezkanal, nach der Kehle des britischen Weltreiches, biete allein wirkliche Siegesmöglichkeiten, dann müßte Italien mit der andern Karte spielen und womöglich „im Namen der Antikomintern an Englands Seite“ treten. Die Vorstellung, als ob Rom bei einer deutsch-russischen Invasion im nahen Osten im Kleinen freibeutern und etwa Dalmatien einsacken möchte, während Ungarn und Bulgarien sich an Rumänien schadlos zu halten versuchten, scheint angesichts der großpolitischen Entwicklungen doch überholt.

Die Frage aber, ob Italien ernstlich den deutsch-russischen Südostrkrieg fürchte, ist nach der Venediger Zusammenkunft brennend geworden, und auch in der Schweiz möchte man sie bald einmal beantwortet wissen; unsere ganze Versorgungslage hängt damit auf engste zusammen.

Die „frevelhafte Hoffnung der Neutrals“, wie die Kriegführenden mit Bitterkeit sagen, geht dahin, die Deutschen würden mit den Russen zusammen östlich er angreifen, vom Kaukasus aus oder gar aus den turkestanischen Ebenen gegen Afghanistan und Persien. Die abenteuerlichen Gerüchte über Aufmärsche in diesen ungeheuren Räumen wollen nicht verstanden werden. Sie sind auch nicht so abenteuerlich, wenn man sie zusammenhält mit den Vorstellungen eines „totalen Angriffs“ gegen das britische und französische Imperium. Für diesen Fall könnten Italien und der Balkan in der Tat ihre Neutralität weiter wahren, bis für den Fall eines deutsch-russischen Sieges Italien sähe, daß es den Balkan für die Deutschen gehütet!

Rund um den britischen Ministerrat

Der britische Kriegsminister Hore Belisha hat von Chamberlain die Einladung bekommen, zu demissionieren. Gleichzeitig erhielt der „Informationsminister“ Macmillan eine entsprechende Aufforderung. Beide haben dem Ansuchen des Premiers entsprochen und zugleich ihre Mitarbeit in andern Stellen mit herzlicher Höflichkeit verweigert. Die so formellen und hochanständigen Briefe, die zwischen den Kollegen gewechselt wurden, täuschen nicht über tatsächliche Differenzen hinweg, die im Schoße des Kriegskabinetts bestanden haben und vielleicht weiter bestehen, und es ist nur die Frage, welcher Art diese Differenzen seien.

Die Opposition, die auch während der Kriegszeit nicht verstummte, plauderte beinahe aus der Schule; von den Gewerkschaftern und aus dem Schoße der Labour Party konnte man hören, die Generale seien die Krisenmacher; sie möchten die Demokratisierung der Armee, die Hore Belissha zu verdanken sei, rückgängig machen. Die „Diktatur der messingenen Hüte“ sei im Anmarsch; es sei fast sicher, daß die Zivilgewalt heute von der Armeeführung unter die Fuchtel genommen werde.

Schon am zweiten Tage nach Ausbruch der Krise gebärden die Oppositionskreise sich wesentlich vorsichtiger und zahmer. Offenbar hat die Regierung mit ihnen gesprochen und ihnen allerhand mitgeteilt, wovon sie nichts wußten, was aber auch die Welt nicht zu wissen braucht. Aus dem ganzen Chaos der widersprechenden Vermutungen taucht heute eine Meldung auf, die überragende Bedeutung zu haben scheint: Ein „Verteidigungsministerium“ soll geschaffen werden, und an die Spitze dieses Ministeriums soll Churchill treten. Er würde also nicht nur mehr das Marineministerium, wie bisher, leiten, sondern die Luftwaffe und die Landarmee ebenso unter sich haben, und . . . als „zivilen Mann“ . . . eine wahrscheinlich bis heute fehlende Zusammenarbeit der drei Instrumente in die Wege leiten. Die Militärs würden selbstverständlich das Praktische an die Hand nehmen; immerhin fänden sie in der Person Churchills jenen Mann, der ihnen die Wege ebnen würde.

Wenn Churchill wirklich Chef dieses neuen und wahrscheinlich wichtigsten Ministeriums wird, dann läßt sich erkennen, daß England mit den bisherigen Ergebnissen des Krieges nicht völlig zufrieden war. Die 2½-Millionen-Armee, die Hore Belissha eben erst geschaffen, verbürgt den Sieg keineswegs. Vielleicht spielen Informationen aus Berlin eine Rolle, Informationen, die von deutschen Plänen und Waffen sprechen, gegen die alle bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen. Vielleicht sehen die Militärs auch in der demokratisierten Armee in der Tat das „Muzikende“. Es wird mit der Zeit klar werden, was die Krise hervorgerufen, selbst wenn die von der Opposition verlangte Einberufung des Unterhauses und der von Chamberlain erwartete Rechenschaftsbericht gar nichts verraten würden.

Denkbar sind übrigens auch Differenzen, die mit andern als nur militärischen Dingen zusammenhängen. Frankreich und England schwanken auch heute noch in der Frage, wie Rußland und der Finnienkrieg einzuschätzen seien. In beiden Ländern gibt es eine „lavierende“ und eine „schärfere“ Richtung; die eine spielt mit „Möglichkeiten von morgen“, die andere glaubt, es sei Zeit, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Die sorgsam abwägende Schätzung, in welchem Falle eine deutsche Invasion in Schweden wahrscheinlicher sei, im Falle eines finnischen oder russischen Sieges, spricht dafür, daß die Lavierer immer noch die Oberhand haben. „Deutschland wird nur in Schweden einfallen, wenn es Angst bekommt, die Russen könnten die schwedischen Erze beschlagnahmen“, läßt ein Londoner Korrespondent seine Engländer kalkulieren. Folglich: Schicken wir den Finnen, was sie brauchen, um die Russen zu schlagen, dann tun die Deutschen den Schweden nichts!

Die „Schärferen“, die „Konsequenten“, zu denen ein Churchill gehört, neigen mehr und mehr zur Ansicht, man müßte die Russen absichtlich an den Fronten in Krieg verwickeln, damit der deutsche Traum von der wirksamen russischen Hilfe bald ausgeträumt sei. Der zweite finnische Sieg von Suomusjoki, der nach der 168. nun auch die 44. russische Division vernichtete, der bevorstehende weitere Sieg bei Salla, die zu früh gemeldete, aber doch wahrscheinlicher gewordene Wiedereroberung von Petsamo werden lauter Wasser auf die Mühle der „Konsequenten“ sein.

Vielleicht vernehmen wir bald einmal von neuen britischen Maßnahmen, die einen andern Geist als den bisherigen verraten; das militärische Denken, das sich schlecht mit dem überdiplomatischen Ausrechnen von Faktoren, die „automatisch für

England kämpfen“, verträgt, verlangt nach der vollendeten Mobilisation Spielraum für Aktionen, „so oder so“ und „da oder dort“. Hierin scheint uns das tiefere Problem der Ministerkrise zu liegen.

Vom Geld in der Schweiz.

Es scheint ein Anziehen des Zinsfußes in Sicht zu sein. Das bedeutet: Eine Verteuerung des Geldes für Bund, Kantone, Gemeinden, private Unternehmungen. Der Vorgang ist verständlich: Es wird „Geld aus den Kassen genommen“, ob notwendigerweise oder nicht, kommt im volkswirtschaftlichen Effekt auf eins heraus. Die einen müssen von ihren Spargaben abheben weil ihr Einkommen zurückgeht und die Warenpreise steigen, die andern heben aus Angst ab, weil sie eine noch größere Preissteigerung oder Schlimmeres erwarten. Die Berichte der verschiedenen Banken, die volkswirtschaftlichen Kommentare der Handelsseiten verschiedener Tageszeitungen stellen jedenfalls fest, daß namhafte Barmittel von den Spar-Instituten abwandern und „irgendwo warten und sich verkriechen“, oder aber „etwas kaufen“ und damit vorderhand eine Lücke ausfüllen, die der Krieg in den normalen Verlauf der Zirkulation gerissen.

Ein Teil des Geldes, das man aus der Zirkulation gezogen (also nicht jene abgehobenen Spargelder, die als „Kaufgelder“ in die Lücke springen), wendet sich natürlich der Spekulation zu, sofern es etwas zu spekulieren gibt. Die Kurse der Aktien scheinen leicht anzuziehen; man hat festgestellt, daß die Industripapiere im Durchschnitt von 295 auf 300 gestiegen sind. Aber auch die gesamten Aktien weisen eine leichte Erhöhung auf. Dagegen ist ein leichtes Sinken der Obligationenkurse festzustellen. Soll damit eine Entwicklung angezeigt sein, die einfach mit dem Steigen des Zinsfußes parallel geht, oder deutet das Nachlassen der Obligationen und das Anziehen der Aktien auf eine Sonderentwicklung hin? Die Spekulationslust erwacht, wenn die Preise anziehen . . . das ist klar. Aber der steigende Zinsfuß weist andererseits auf fehlendes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft . . . (nicht immer, aber unter den jetzigen Verhältnissen) . . . das Nachlassen der Obligationenkurse spricht von leicht schwankendem Vertrauen in die großen Obligationenschuldner, also Bund, SBW und so weiter.

Man sieht also, das Geld macht seine eigenen Sprünge. Es könnte manche Rechnung der Volkswirtschaftler illusorisch machen, optimistische oder auch pessimistische. Da sorgt man schön für ein „mäßiges Steigen der Preise“, erlaubt von Fall zu Fall 10, 15 oder 20 %, und plötzlich macht ein Zinsfuß, der von 3½ auf 4 %, also um einen Siebentel, gestiegen (das macht 14 %!), die Grundlage einer Kalkulation zunichte . . . man kann nicht mehr auf gleicher Basis produzieren oder handeln, und rasch muß eine Uebersezung auf die Preise und damit wieder die Erlaubnis weiterer Aufschläge, früher oder später, kommen.

Man hat es nicht in der Hand, das Geld! Es tut, was es will. Das heißt, der Bürger tut mit ihm, was er will, weil es so und so beschaffen ist. Die staatsbürgerliche Freiheit mit dem garantierten Eigentumsbegriff hängen sehr stark zusammen mit der Möglichkeit, so oder so nach Belieben mit dem Gelde (das man nicht schuldig ist), zu schalten. Es taste niemand diese Freiheit an! Aber eines möchte man doch wünschen: Daß auf irgendwie geschickte, vernünftige, demokratische, listige, menschliche Weise dem Geldbesitzer ein Weg suggeriert würde, sein Geld volkswirtschaftlich nützlich und nicht schädlich anzuwenden. Alles nicht notwendigerweise, nicht zu „Kaufzwecken“ abgehobene Geld, Geld, das sich nur verkriecht, das auf Spekulationen lauert, das in seiner Funktion nur preistreibend wirkt, das mithilft, dem Staat und jedem Unternehmer schließlich überhöhte Prozente abzuknöpfen, funktioniert falsch.

Man hat nun die letzten Trinkgelder für die Lohnausgleichskasse steuerpflichtig gemacht. Gibt es keine Möglichkeit, gehäufte Gelder für die freierwerbenden Wehrmänner steuerbar zu machen? —an—